Open Source in Kommunen

KGSt-Projekt gestartet

[11.12.2020] Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) arbeitet an einem Bericht über den Einsatz von Open Source Software in Verwaltungen. Dieser soll bereits vorliegende Erkenntnisse zum Thema aufgreifen und praxisorientierte Hilfestellungen für die Umsetzung liefern.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) will einen Bericht zum Einsatz von Open Source Software (OSS) in Verwaltungen erarbeiten. Wie die KGSt mitteilt, soll der Bericht den OSS-Einsatz in den Verwaltungen sukzessive fördern und dem kommunalen Management praxisorientierte Hinweise geben, wie dies gelingen kann. 40 Experten aus Stadt-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen, von kommunalen IT-Dienstleistern und aus der Community wirken an einem hierzu eingerichteten Arbeitskreis mit, heißt es in der KGSt-Meldung. In einer ersten virtuellen Sitzung haben die Teilnehmer die Kerninhalte identifiziert und sich auf Fokusthemen verständigt. Letztere werden nun in kleineren, virtuellen Arbeitsgruppen vertieft angegangen. Neben einer Sensibilisierung und Erklärung werden nach und nach Umsetzungsstrategien in Kommunen vorgestellt, kündigt die KGSt an. Darüber hinaus werde die Arbeitsgruppe Empfehlungen für eine Open Source Governance erarbeiten und praktische Beispiele beschreiben. In die Arbeitsergebnisse sollen auch Erfahrungen und Impulse aus der (Open-Source)-Wirtschaft einfließen. Wie sich der KGSt-Meldung entnehmen lässt, soll der Bericht außerdem unterschiedliche, bereits veröffentlichte Erkenntnisse rund um das Thema OSS aufgreifen. Genannt werden etwa der im Frühjahr 2020 veröffentlichte KGSt-Denkanstoß zu Open Source in Kommunen (wir berichteten) oder die mit dem Deutschen Städtetag gestartete Initiative zur Digitalen Souveränität (wir berichteten). Hierzu habe der Deutsche Städtetag kürzlich ein Diskussionspapier mit einer politisch-strategischen Positionierung veröffentlicht. Das aktuelle Projekt Open Source in Kommunen operationalisiere einige der Positionen. Auch die Initiative für ein Open Source Code Repository (wir berichteten) werde der Bericht aufgreifen. Die KGSt hat zu diesem Thema gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag, der Vitako und weiteren Akteuren am Papier Ein Ort für öffentlichen Code gearbeitet. Eine gemeinsame Stimme und eine effektive Zusammenarbeit sind laut KGSt Voraussetzung dafür, dass die öffentliche Verwaltung digital souveräner wird. Dass aktuell unterschiedliche Arbeitsgruppen, Initiativen und Projekte ineinandergreifen und Synergien genutzt werden, zeige bereits in die richtige Richtung. Die KGSt werde die Ergebnisse dieses Projekt deshalb auch in die Arbeitsgruppe „Cloud Computing und digitale Souveränität“ beim IT-Planungsrat tragen.

(ve)

Digitale Souveränität von Kommunen stärken – Diskussionspapier des Deutschen Städtetages (PDF, 83 KB)

Stichwörter: Politik, Open Source, Digitale Souveränität, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), Vitako, Deutscher Städtetag